Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: monatlich M 2,60, vierteljährlich M 7,80 frei ins Haus. Einzelnummer 10 ₰. Kreuzbandsendungen monatl. M 4.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson, Hamburg.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: 1. Stock, Fehlandstraße 11.

Hamburger Echo

Anzeigen die neungespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 ₰. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 35 ₰ zuzüglich 20 pZt. Teuerungszuschlag. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11, Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 5 Uhr), sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- u. Datenschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen werden auch gegen Entgelt nicht aufgenommen.

Nr. 117. Mittwoch, den 12. März 1919. – Morgen-Ausgabe. 33. Jahrgang.

Die deutsche Note in der Lebensmittelfrage.

Nach dem Abbruch der Verhandlungen in Spa hat der deutsche Gesandte v. Haniel den Vertretern der Ententeregierungen eine Note überreicht, deren Wortlaut wir hier vollständig folgen lassen, weil er Aufschluß gibt über den Sachverhalt der ganzen Schiffahrts- und Lebensmittellieferungsfrage, von deren Lösung jetzt wieder unser ganzes Schicksal abhängt. Daß die Note nicht ohne Eindruck auf die Entente-Regierungen geblieben ist, beweist die Wiederaufnahme der Verhandlungen, die nun nicht mehr in Spa, sondern in Brüssel geführt werden.

*

Spa, 6. März 1919.

Der Verteter der deutschen Regierung an den Vorsitzenden der interalliierten Waffenstillstandskommission:

Die am 4. und 5. März d. J. in Spa über die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln, deren Finanzierung und die zur Verfügungstellung der Handelsflotte geführten Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen. Die Konferenz ist daran gescheitert, daß die assoziierten Regierungen gegen Zusicherung einer Einfuhr von 270 000 Tonnen Lebensmittel, die schon in den früheren Vereinbarungen behandelt waren, und weiterer 100 000 Tonnen argentinischen Getreides, über die noch nähere Abmachungen zu treffen waren, die sofortige Auslieferung der gesamten deutschen Handelsflotte mit verhältnismäßig geringen Ausnahmen forderten. Bezüglich der weiteren Versorgung Deutschlands waren die assoziierten Regierungen nur bereit, zu erklären, daß es ihre Absicht sei, diese Versorgung von Monat zu Monat zu erleichtern, vorbehaltlich der Entscheidung des Obersten Kriegsrates bezüglich der Mengen und Bedingungen. Die assoziierten Regierungen stützten sich hierbei besonders auf den Trierer Schiffahrtsvertrag vom 17. Januar d. J., nach dessen Artikel 1 und 10 eine sofortige Uebergabe der Handelsflotte gegen Zusicherung von zunächst 270 000 Tonnen Lebensmitteln gefordert werden könne. Demgegenüber hielten die deutschen Delegierten auf Grund der durch die Gesamtheit der einschlägigen Verhandlungen geschaffenen klaren Rechtslage an dem Standpunkt fest, daß die Handelsflotte nicht unter assoziierte Kontrolle und Flagge gestellt werden dürfe, bevor nicht die Versorgung Deutschlands in ausreichender Weise sichergestellt sei. Um die deutsche Auffassung zu würdigen, ist es erforderlich, die Gesamtheit der Bestimmungen noch einmal kurz zusammenzufassen.

Nach Artikel XXVI des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918 war in Aussicht genommen, Deutschland während der Dauer des Waffenstillstandes in dem als notwendig anerkannten Maße mit Lebensmitteln zu versorgen. Die durch diese Bestimmung begründete Erwartung, daß Deutschland eine Linderung seiner schweren Ernährungslage schon während des Waffenstillstandes erfahren werde, war einer der wesentlichsten Gründe, die zur Annahme der überaus harten Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages geführt haben.

Trotz wiederholten deutschen Ersuchens haben die assoziierten Regierungen erst bei der Trierer Konferenz vom 15. und 16. Januar d. J. die Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands aufgenommen. Im Artikel VIII des Trierer Vertrages vom 16. Januar 1919 hat sich die deutsche Regierung alsdann verpflichtet, die deutsche Handelsflotte während der Dauer des Waffenstillstandes unter assoziierte Kontrolle und Flagge zu stellen, um die Lebensmittelversorgung Deutschlands und des übrigen Europas zu sichern. Es ist klar, daß bei einem so ungeheuer bedeutsamen Schritt, wie es die Abgabe der deutschen Handelsflotte ist, unter Lebensmittelversorgung nicht die Lieferung irgend einer beliebigen Menge von Lebensmitteln, sondern die Durchführung eines Programms verstanden werden muß, das die Ernährung Deutschlands bis zu dem Zeitpunkt sicherstellt, in dem aus eigener Kraft Abhilfe geschaffen zu werden vermag, d. h. bis zur nächsten Ernte. Daher konnte auch durch die in Aussicht gestellte Lieferung von 270 000 Tonnen, die zunächst (in the first instance) erfolgen sollte, und die nur einen zweiwöchentlichen Bedarf deckt, die Versorgung Deutschlands nicht als gesichert gelten. Mit dieser Menge konnte vielmehr nur ein Anfang gemacht werden. Auch ist das Trierer Schiffahrtsabkommen vom 17. 1. 1919 (insbesondere Artikel 1 und 10), das nur die Ausführung zum Artikel VIII des Trierer Vertrages enthält, nicht ohne Zusammenhang mit diesem Artikel VIII zu verstehen. Dieser Zusammenhang führt zwingend zu dem Schluß, daß von einer sofortigen Zurverfügungstellung der deutschen Flotte nur dann die Rede sein kann, wenn deren Zweck, die Sicherstellung der Ernährung Deutschlands, erreicht ist. Nach Erreichung dieses Zweckes ist allerdings die Flotte sofort zur Verfügung zu stellen, was auch durchaus den Absichten und Ansichten der deutschen Regierung entsprechen würde.

Die deutsche Regierung hat den vorstehenden Standpunkt dauernd vertreten, insbesondere in einer Note vom 13. 2. 1919. Die assoziierten Regierungen hatten verlangt, daß eine Reihe von Schiffen am 12. Februar d. J. fahrtbereit gestellt werden sollte, und daß am gleichen Tage eine Notifikation an die neutralen Regierungen dahin zu ergehen habe, daß die im neutralen Hafen liegende deutsche Tonnage den assoziierten Regierungen übergeben werde. Deutschland mußte diese Forderung durch die genannte Note mit der Begründung ablehnen, daß seine Sicherstellung mit Lebensmitteln noch nicht erreicht sei, da zwei wesentliche Faktoren, nämlich die Einigung über die Menge und Preise der Lebensmittel und über deren Bezahlung fehlten.

Die assoziierten Regierungen haben in den jetzt in Spa geführten Verhandlungen und den vorhergehenden Noten der letzten Zeit mehrfach hervorgehoben, daß die deutsche Regierung die Flotte zur Verfügung stellen müsse, ehe mit der Einfuhr nach Deutschland begonnen werden könne. Dieser Standpunkt wird deutscherseits geteilt; denn die Flotte soll eines der Mittel sein, um die Versorgung Deutschlands (und des übrigen Europas) in die Wege zu leiten. Nicht aber hat Deutschland durch zur Verfügungstellung der Flotte vorzuleisten, bevor eine Bindung der assoziierten Regierungen (Menge und Preise der Waren, sowie insbesondere deren Finanzierung) dafür vorliegt, daß ausreichende Einfuhren auch tatsächlich erfolgen werden.

Deutschland mußte schließlich annehmen, daß diese Auffassung von den assoziierten Regierungen selbst geteilt wird. Im Verfolg der sich an die letzte Verlängerung des Waffenstillstandes anschließenden Verhandlungen hat z. B. Marschall Foch unter dem 13. v. Mts. der deutschen Regierung telegraphisch mitteilen lassen:

„Le règlement d'ensembles des questiones relatives au tonnage allemand à l'importation et au paiement des vivres aura lieu à Spa.“

Demgemäß wurden die gemeinsamen Verhandlungen über diese drei Materien von beiden Seiten unter die einheitliche Leitung je eines Vorsitzenden gestellt. Aus all diesen Umständen durfte Deutschland schließen, daß es sich bei den in Spa zu führenden Verhandlungen nicht nur um eine vorläufige Lieferung von Lebensmitteln, sondern um die Aufstellung eines Versorgungsplans für Deutschland handle, und daß das Schiffahrtsabkommen nicht ohne Abschluß einer Vereinbarung hierüber zur Ausführung kommen würde.

Ungeachtet der oben erwähnten Bestimmung des Artikels 26 des Waffenstillstandsvertrages, der die Lebensmittelversorgung Deutschlands während des anscheinend jetzt seinem Ende entgegengehenden Waffenstillstandes in Aussicht nahm, hat Deutschland bislang keine Tonne Lebensmittel von den assoziierten Regierungen erhalten und nur ein stärkeres Anziehen der Hungerschraube durch die Verschärfung der Blockade erdulden müssen, wodurch — von anderem abgesehen — nach dem Durchschnitt der letzten Monate täglich etwa 800 Menschen zum Tode geführt werden. Trotz dieser bitteren Erfahrung nimmt Deutschland immer noch an, daß die Assoziierten bereit sind, es mit Lebensmitteln über die bisher genannten verhältnismäßig geringen Mengen hinaus zu versorgen. Deutschland kann aber bei dieser Sachlage die Erledigung der Angelegenheit unmöglich ausschließlich dem guten Willen der assoziierten Regierungen überlassen. Es will gern an diesen guten Willen glauben, muß aber hervorheben, daß ihm sehr häufig seitens der assoziierten Regierungen entgegengehalten worden ist, daß noch Krieg sei. Dieses Argument kann Deutschland also nicht aus dem Auge lassen und daher auch die Handelsflotte nicht abgeben, ohne irgendwelche bindende Zusagen, ja ohne irgendwelche subsumierte Erklärungen über das allgemeine Versorgungsprogramm zu besitzen.

Ohne derartige Erklärungen ist eine sachgemäße Festsetzung der deutschen Lebensmittelrationen überhaupt undurchführbar. Auch müßten diese Erklärungen darüber Sicherheit schaffen, daß eine Verquickung der weiteren Verhandlungen über die Lieferung von Lebensmitteln mit anderen Forderungen, die über die Zurverfügungstellung der Flotte hinausgehen, grundsätzlich ausgeschlossen ist.

Die deutschen Delegierten haben, den Weisungen der Reichsregierung folgend, versucht, einen Ausweg zu finden. Sie haben, nachdem einstweilen zur Einigung über die Lieferung einer verhältnismäßig geringen Menge von Lebensmitteln erzielt werden konnte, den assoziierten Vertretern vorgeschlagen, jedenfalls einen Teil der Handelsflotte sofort zur Verfügung zu stellen. Hierbei würde die deutsche Regierung, der der Wunsch der assoziierten Regierungen bekannt ist, in erster Linie solche Schiffe vorgeschlagen haben, die für Truppentransporte geeignet sind. Da die Vertreter der assoziierten Regierungen aber erklärten, über einen derartigen Vorschlag nicht verhandeln zu können, war es nicht mehr möglich, ihnen diese Absichten sowie sonstige Einzelheiten darzulegen.

Die deutsche Regierung hat genügend oft betont, daß sie sich ihrer Verpflichtung zur Verfügungstellung der Handelsflotte in keiner Weise entziehen will und sie empfindet tief die fast verhängnisvolle Lage, in die sie durch das Scheitern der jetzigen Verhandlungen gebracht ist, das die Lebensmittelzufuhr in unbestimmte Ferne rückt. Sie konnte aber angesichts dieser Sachlage, bei der sie durch das Schwergewicht aller rechtlichen und sittlichen Gründe gestützt ist, vor ihrem Volk und der Geschichte nicht die Verantwortung dafür tragen, die deutsche Flotte unter die Kontrolle der Assoziierten zu stellen, ohne daß der Zweck gesichert war, für den dieses harte Opfer klar bestimmt ist.

Die Berliner Besudelung der Revolution.

Weitere Einzelheiten. — Der Brief des Bürgermeisters. — Eine Antwort Noskes.

Durch das, was sich in diesen Tagen in Berlin ereignet hat, sind die Schreckenszeit der großen französischen Revolution und die Ereignisse der Pariser Kommune in den Schatten gestellt. Innerhalb des deutschen Volkes gibt es Menschen, die den Schritt vom politischen Fanatismus zum politischen Verbrechen der brutalsten Form gewagt haben. Daß der Krieg mit seinen stündlichen Verbrechen, seiner Mordraserei dazu geholfen hat, die nötige Gewissenlosigkeit zu solchem Tun zu schaffen, ist selbstverständlich. Selbstverständlich ist auch, daß die Bestialität auf der einen Seite, die gleiche Grausamkeit auf der anderen Seite auslöste. Wer damit angefangen hat, ist schließlich nicht einmal die Hauptsache. Daß es überhaupt möglich ist, so den Landsmann gegen den Landsmann, den Bruder gegen den Bruder zu peitschen, das ist das ewig schmachvolle Zeichen, mit dem Deutschland neuerdings gebrandmarkt wird. Deutsche Arbeitsbrüder, Väter und Söhne sind aneinandergesprungen wie Bestien. Und auf beiden Seiten wurden sie dazu getrieben angeblich im Namen des Sozialismus, jener Weltanschauung, die schon jetzt behauptete, den Menschen auf eine so hohe sittliche Stufe gestellt zu haben, daß derartige menschliche Ungeheuerlichkeiten nicht mehr möglich seien. Nun ist das Grauenhafteste dennoch geschehen. Die Scham überwältigt uns, und wir gestehen ein, daß all unser heißes Bemühen von ehedem, Menschheitssamen zu säen, vergeblich war. Das Kriegsverbrechen hat alles vernichtet. Wir Deutschen schämen uns des Krieges, und wir werden auch noch dahin kommen, uns einer Revolution zu schämen, die solche Unmenschlichkeiten gezeitigt hat.

Der Brief des Oberbürgermeisters von Lichtenberg.

Der „Lokalanzeiger“ meldet, daß Oberbürgermeister Ziethen von Lichtenberg durch zwei Beamte einen Brief an Noske habe gelangen lassen, in dem er bittet, zur Verhütung weiteren Blutvergießens und weiterer Zerstörung Lichtenbergs einen Waffenstillstand zustande kommen zu lassen. Der Oberbürgermeister versichert, daß er in Verbindung mit dem Berliner Vollzugsrat eine einwandfreie Einwohnerwehr bilden wolle, die für Ruhe und Ordnung sorgen werde. Deshalb bitte er, die Regierungstruppen zurückzuziehen und so die Stadt Lichtenberg vor der Gefahr weiterer Beschießung zu bewahren. Die Abgesandten wurden sofort von Noske empfangen, der ihnen erklärt habe: Sagen Sie dem Oberbürgermeister: Entweder bedingungslose Uebergabe oder gar nichts! Gleichzeitig wurden die militärischen Stellen von der Wendung der Dinge benachrichtigt, so daß ein entsprechender Bescheid sofort den Aufständischen übermittelt werden kann.

Aussage eines Kommandeurs.

Der Kommandeur eines in Lichtenberg eingerückten Bataillons Regierungstruppen erklärt, daß nach seinen Feststellungen im Postgebäude vier Soldaten und zwei Beamte ermordet worden seien. Das Polizeipräsidium sei in der Mittagspause angegriffen worden, als die Mehrzahl der Beamten zum Essen fortgegangen war. Weggeschleppt habe man 20 oder 25 Beamte, von denen drei zurückgekehrt seien, die von den Spartakisten unter schweren Mißhandlungen entlassen und zurückgeschickt worden wären. Und diese behaupteten, daß die Wut des Gesindels sich hauptsächlich auf die Kriminalbeamten richte, während man die uniformierten Beamten zum Teil schon unterwegs laufen ließ. Besonders schändlich und roh hatten sich die Frauen unter den Kommunisten benommen.

Räuber oder Spartakist?

Weiter wird gemeldet, daß heute Mittag am Frankfurter Tor ein bewaffneter Spartakist festgenommen worden sei, in dessen Besitz für M 800 000 geraubte Juwelen gefunden wurden. Er wurde sofort standrechtlich erschossen.

Aussagen eines geflüchteten Spartakisten.

Gegenüber den Aussagen des Lichtenberger Polizeipräsidenten, die höchstwahrscheinlich einer dringenden amtlichen Nachprüfung bedürfen, möchten wir auch zur Ergänzung des Berliner Bildes die Aussagen eines geflüchteten Spartakisten zur Kenntnis bringen. Dieser will u. a. folgendes beobachtet haben:

„Die von den Regierungstruppen gemachten Gefangenen mußten, wie ich zum Teil selbst sah, den ganzen Weg mit erhobenen Armen gehen und dabei ununterbrochen „Hoch Scheidemann“ nicht rufen, sondern brüllen! Wer auch nur einen Augenblick versagte, das heißt wem die Arme müde waren und wer nicht schreien konnte, wurde auf eine Weise mißhandelt, die einfach nicht zu beschreiben ist. Mit Kolbenstößen in die Seiten, den Rücken, gegen den Magen, mit Schlägen auf den Kopf wurden die Unglücklichen herangetrieben. Auf dem Kasernenhofe spielten sich wahre Orgien von Brutalität und Gemeinheit ab. Schon in der Einmarschhalle bildeten die Soldaten Spalier und schlugen blindlings mit Gewehren auf die hindurcheuchenden, blutüberströmten Wehrlosen ein. Von den Angehörigen des Alexander-Regiments tater sich hierbei die Feldwebel hervor, die in der Kaserne wohnen.“

Weiter behauptet derselbe Arbeiter folgendes beobachtet zu haben: Gegen 7 Uhr kam wieder ein Trupp mit fünf Gefangenen die Straße herauf. Ein Schutzmann, der hinter ihnen herlief, erreichte sie gerade an der Kaserne und rief den Soldaten zu: „Die haben auch geschossen!“, worauf die Bewachungsmannschaft die Gefangenen einige Schritte von sich an die Mauer stieß und sie aus nächster Entfernung niederschoß. Zwei dieser Leute fielen schwer verwundet auf die Knie und baten um Schonung; man hielt ihnen aber als Antwort die Gewehre kaum handbreit vor den Leib und erschoß sie so. (!!)

*

Es ist selbstverständlich, daß all diese Nachrichten einer gründlichen Untersuchung bedürfen. Selbst aber, wenn sich dabei nur ein kleiner Bruchteil als wahr herausstellt, bleibt unsere eingangs ausgedrückte Ansicht über die Besudelung der Revolution durch beide Parteien bestehen.

Weitere Streiknachrichten aus dem Reiche.

Neuer Konflikt in Essen.

Aus Essen an der Ruhr berichtet die „Voss. Ztg.“, daß ein neuer Konflikt ausgebrochen sei, weil der Arbeiterrat in Bottrop die 7½-Stundenschicht befreitert habe. Die Streiks im Ruhrbergbau hätten seit November für 1 700 000 Streikschichten einen Lohnausfall von 23 Millionen Mark und einen Förderausfall von 1 086 000 Tonnen zur Folge gehabt.

Die „Freiheit“ beschwert sich

darüber, daß ihr Verbot ohne Begründung erfolgt sei, was selbst unter der alten Regierung unzulässig gewesen wäre. Sie tritt für die Beendigung des Mordens ein, kann es sich aber nicht versagen, an anderer Stelle ihre wüste Hetze gleich wieder aufzunehmen, wo sie die Noskетruppen als blutgierige Tiger bezeichnet. Im Abendblatt wird behauptet, daß das Berliner Bureau der Unabhängigen in der Schickerstraße am Sonnabend nachmittag von Regierungstruppen vandalisch verwüstet worden sei.

Die Berliner Presse berichtet, daß bei der Erstürmung des Volksmarinehauses erbeutet wurden: Zwei Feldgeschütze, 126 Maschinengewehre, über 4000 Gewehre, mehrere hundert Revolver, gewaltige Vorräte von Lebensmitteln, Wolldecken und sonstigem Heeresgut.

Die Hochöfen ausgeblasen.

WTB. **Mülheim a. d. Ruhr**, 10. März. Eine wahnsinnige Tat begingen Hochöfenarbeiter der Friedrich Wilhelm-Hütte, Deutsch-Luxemburg, indem sie infolge Differenzen bei der Lohnauszahlung sämtliche Hochöfen ausbliesen. Dieses Vorgehen, das den Werken ein Vermögen kostet, wurde von der revolutionären Arbeiterschaft und den hinter ihr stehenden Parteien in einer außerordentlichen Versammlung ausdrücklich verurteilt. Die Parteien lehnen jede Verantwortung ab.

Aus Oberschlesien.

Im Ausstande befinden sich gegenwärtig 30 Grubenbetriebe mit ungefähr 20 000 Mann und 3 Hütten, Laurahütte, Borsigwerk, Julienhütte. Vielfach schlossen sich die Arbeiter nur widerwillig dem Ausstande an. Von einem Generalstreik kann nicht die Rede sein.

Die Vertrauensleute der Partei stehen vor einer großen Aufgabe.

Die Sozialdemokratische Partei ist groß geworden dank der gewaltigen Werbekraft der Ideen des Sozialismus und dank der unermüdlichen Kleinarbeit ihrer aktiven Mitglieder und Vertrauensleute.

Den Vertrauensleuten der Partei und den aktiven Mitgliedern steht für die nächsten Tage noch eine große Arbeit bevor. Es sollen noch mehrere Flugblätter, es sollen Wählerkarten und Stimmzettel verbreitet werden und am Wahltag muß eifrigste Wahlarbeit geleistet werden.

In der ganzen Bevölkerung ist die Wahlmüdigkeit groß. **Sie muß verschwinden.** Noch einmal müssen wir alle uns zu **höchster Anspannung aufraffen,** um **unserer Partei** einen unerhört großen und überwältigenden **Sieg zu verschaffen.**

Die Mehrheit muß unser werden!

Den Vertrauensleuten der Partei, die in opfervoller Arbeit sich so oft bewährt haben, liegt es ob, alle Genossen für die Wahlarbeit heranzuziehen, damit uns auch **nicht eine einzige Stimme verloren geht.** Nur dann können wir die Mehrheit bekommen, nur dann wird **Hamburg ein sozialdemokratischer Freistaat werden.**

Die Partei ruft, die sozialdemokratische Partei bedarf Eurer! Tut Eure Pflicht, wie Ihr sie so oft schon getan!

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, den 11. März.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10,30 Uhr und teilt mit, daß die Beerdigung des in Halle getöteten Oberstleutnant von Klüeber heute nachmittag um 3 Uhr daselbst stattfindet. Die Nationalversammlung wird durch eine Abordnung bei der Beisetzung vertreten sein, die einen Kranz zu Ehren des Verstorbenen niederlegen wird. Die Nationalversammlung hörte die Worte der Anerkennung und des Dankes für den in bestialischer Weise Hingemordeten stehend an.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen. Auf die Frage des Abgeordneten Lohmann (SD.), was die Regierung zur restlosen Erfassung der auf dem Lande vielfach verborgen gehaltenen Kartoffelbestände zu tun gedenke, erwidert Ernährungsminister Schmidt, daß die zuständigen Behörden wiederholt zu schärfster Bewachung aufgefordert wurden und daß die Transporte bei Eintritt frostfreien Wetters in verstärktem Maße wieder aufgenommen werden würden.

Abg. **Sollmann** (SD.) fragt, ob die Regierung in der Lage sei, die schleunige Aufhebung des Verbots von dem Obersten Kommandierenden der Alliierten zu erwirken, im besetzten Gebiet Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen vorzunehmen.

Staatssekretär **Albrecht:** Auf eine Anfrage der deutschen Regierung hat General Nudant erwidert, die Besatzungsarmee hätte ein Interesse daran, daß die gegenwärtig im besetzten Gebiete befindlichen Kommunalbehörden vorläufig noch bleiben. Die Erfüllung dieser Forderung sei aussichtslos.

Es folgt die Interpellation Arnstadt und Genossen über das Verhältnis von Staat und Kirche.

Als Abg. **Mumm** (DNP. das Wort zur Begründung nimmt, erklärte Präsident **Fehrenbach,** es sei kein Vertreter des Ministeriums des Innern zur Beantwortung da. Es habe daher keinen rechten Sinn, die Interpellation weiter zu behandeln.

Abg. **Mumm** zur Begründung: Es ist das Empfinden weitester Volkskreise, daß wir an der Schwelle eines neuen Kulturkampfes stehen. Unser armes Vaterland braucht im Innern Ruhe und Frieden, aber die Herren Ebert und Scheidemann haben ihm diesen Frieden nicht gegönnt. Eine ihrer ersten Taten war, den Sprecher der freireligiösen Gemeinde, Herrn Adolf Hoffmann, an die Spitze des preußischen Kultusministeriums zu stellen. Redner erörterte dann die vom sächsischen Volksbeauftragten Buck erlassenen Verordnungen über das Verhältnis von Staat und Kirche. Buck habe die Simultanschule durchgeführt, ohne irgendwie für den konfessionellen Religionsunterricht zu sorgen. Ebenso ist in Hamburg die Brandfackel des religiösen Zwistes in die Bevölkerung hineingeschleudert worden. In Braunschweig hat man sich nicht einmal damit aufgehalten, Ordnung zu machen. Die Schulkinder der Hauptstadt wurden hier von den sogenannten Volkskommissaren zu einer antichristlichen Beisetzungsfeier im Dom zusammengebracht, bei der es geradezu unglaublich zuging. In Mecklenburg planen die Gewalthaber die konfessionslose Einheitsschule. Wir rufen der Regierung zu: Keinen Schritt weiter auf dem Wege gesetzlicher Verordnungen. Wir fordern für unsere Kinder die christliche Schule und den christlichen Religionsunterricht. Wie positiv zu verfahren ist, zeigt Württemberg. Die Deutschnationale Volkspartei kämpft für die Erhaltung der kirchlichen Grundlagen in Staat, Familie und Schule. Die Seele der Jugend für den lebendigen Glauben zu gewinnen, ist des Lehrers Herzensaufgabe. Hier liege die Kraft, durch die wir einer Zukunft gewiß sind.

Reichskolonialminister Dr. **Bell.** Der Minister des Innern, der in dringender Reichsangelegenheit nach Berlin gerufen wurde, hat leider der Verkehrsschwierigkeiten wegen, nicht rechtzeitig hier erscheinen können. Ich habe im Namen der Reichsregierung folgende Erklärung abzugeben: Das Reich besitzt gegenwärtig keine Zuständigkeit auf dem Gebiete des Unterrichtswesens. Die Regierung kann deshalb nicht gegen etwaige gliedstaatliche Eingriffe über die Regelung des Religionsunterrichts Stellung nehmen. Inwieweit in der Reichsverfassung Normativbestimmungen über das Unterrichtswesen aufzunehmen sind, wird bei Beratung der Reichsverfassung zu prüfen sein.

Hellmann (SD.): Bei der Behandlung der Angelegenheit von Kirche und Staat hat sich die ganze Ueberhebungs- und die Herrschsucht der kirchlichen Kreise gezeigt. Die Kirche ist nur eine vorübergehende Erscheinung. Die Kirche hat selbst Schuld daran, daß ein großer Teil des Volkes ihr feindlich gesinnt ist. (Lärm und Widerspruch rechts und im Zentrum.) Wir gehen aber ohne weiteres zu, daß die einzelstaatlichen Eingriffe in den Religionsunterricht taktisch unklug und vielfach auch taktlos waren. Sie waren auch undemokratisch, weil sie der deutschen und den einzelstaatlichen Nationalversammlungen vorgriffen. Diese einzelstaatlichen Eingriffe entspringen letzten Endes aber der einzigen und schweren Gewissensnot weiter Kreise. Wir verlangen im Interesse der vollen Gewissensfreiheit die Beseitigung des Religionsunterrichts als besonderen Unterrichtsgegenstand. Die religionslose Schule, soll nicht religionsfeindlich sein, nur kirchenfrei. Unser Ideal ist die duldende Menschlichkeit von Lessings Nathan. Aber es ist unmöglich, religiöse Unterweisungen mit einem Schlag zu beseitigen und deshalb haben die revolutionären Regierungen Fehler gemacht. Eine Uebergangszeit ist notwendig.

Dr. **Mausbach** (Z.): Wir haben ein tiefernstes Bild von den Mißgriffen einiger Gliedstaaten erhalten. Wir wollen, daß der Religionsunterricht unter Aufsicht der Kirche einen Teil des Lehrplanes der Volksschule sei. Das Reich ist allerdings nicht zuständig, aber eine freundnachbarliche Einwirkung wäre nötig. Wir müssen Gewicht darauf legen, daß die Sicherstellung des Staatsbürgerrechts des einzelnen und die Gewissens- und Religionsfreiheit in der Reichsverfassung festgelegt werde. Das Beispiel anderer demokratisch regierten Staaten zeigt, daß bei Religionsfreiheit der Friede der Konfessionen und die bürgerliche Wohlfahrt am besten gedeihen. Eine Kirchen- und Schulpolitik à la Hoffmann würde Deutschland dem vollen Untergange entgegenführen. Gesichtspunkte des inneren und äußeren Friedens mahnen uns in der Kirchen- und Schulfrage zu großer Vorsicht.

Hierauf werden die Verhandlungen auf drei Uhr nachmittags vertagt.

Weiß (DDP.): Die Regierung hat recht, wenn sie sich für unzuständig erklärt. Wir wollen das Verhältnis von Kirche und Staat in möglichst religionsfreundlichem Sinne gelöst haben. Die Stellung und Bedeutung des Religionsunterrichts in der Schule hängt ganz ab von der Auffassung über die Staatsschule. Wegen der Mängel des Religionsunterrichts, die ich durchaus nicht bestreite, soll man ihn aber nicht aus der Schule herausnehmen, sondern daran arbeiten, um eine durchgreifende innere Reform des Religionsunterrichtes herbeizuführen. Ein so reformierter Religionsunterricht ist ein wesentliches und organisches Stück im Lehrplan der Schule. Ohne religiöse Kenntnis und religiöses Verständnis dürfen wir unsere Jugend nicht lassen. Gerade der Gedanke der Einheitsschule würde sehr darunter leiden, wenn die religionslosen Schulen viele Eltern nötigen, ihre Kinder in religiöse Privatschulen zu schicken. Es muß ein festes männliches, freigesinntes, aber auch fromm empfindendes Geschlecht erzogen werden, welches das Erforschbare erforscht und das Unerforschbare ruhen läßt. (Beifall bei den Demokraten, rechts und im Zentrum.)

Dr. **Koeltzsch** (DNP.): Die Erklärung der Regierung war für uns nicht genügend. Wir fordern die christliche Volksschule und den christlichen Unterricht in der Volksschule. Man soll den Religionsunterricht auch den Religionsgesellschaften und dem Hause nicht nehmen. Versuchen Sie nur, hineinzudringen in die Tiefen des Volkslebens, und sie werden spüren, daß das Religiöse für die weitesten Volkskreise noch immer das Heiligste und Teuerste ist, das anzutasten niemand sich unterstehen sollte. Wenn wir herauskommen sollen aus dem furchtbaren Elend dieser Zeit, aus dem Blutsumpf, in dem wir waten, so kann dies nur geschehen von innen heraus, durch innere Werte, vor allen Dingen durch die Religion. Schön wäre es, wenn in der Reichsverfassung die Sicherungen für die Kirche und die christlichen Schulen, für Religion und Christentum niedergelegt werden können und wenn die Regierung für diese Frage ein größeres Interesse, und zwar ein wohlwollendes, finden könnte.

Dr. **Runkel** (DVP.): Man kann die letzten Aeußerungen des Vorredners nur unterstützen. Die Religion darf niemals zu einer Parteisache herabgewürdigt werden. Die Religion ist das höchste und heiligste Volksgut, das es gibt. Der Religionsunterricht soll an erster Stelle in der Volksschule stehen. Wir wollen Gewissens-

Politische Nachrichten.

Die Polen überschreiten die oberschlesische Grenze.

Aus Oppeln wird berichtet, daß die Polen heute früh die oberschlesische Grenze bei Laurahütte überschritten und einen deutschen Posten gefangengenommen hätten, der von einem polnischen Offizier verhört und dann zurückgeschickt worden sei. Deutsche Grenztruppen säuberten den besetzten Bienenhofpark, dabei gab es auf polnischer Seite 5 Tote und mehrere Verletzte, auf deutscher Seite einen Toten und 4 Verletzte.

Die Schweiz rüstet für baldigen Export.

WTB. Bern, 11. März. Meldung der Schweizerischen Depeschen-Agentur: Von gut unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß voraussichtlich in wenigen Wochen die Exporteinschränkungen für die schweizerischen Industrien zum mindesten sehr stark gemildert, wahrscheinlich aber fast ganz aufgehoben werden. Die Transitformalitäten bei den Versendungen nach Norden sollen dieser Tage vereinbart werden.

Sie können nicht verantwortlich gemacht werden.

WTB. Wie verlautet, kommt die Kommission zur Untersuchung der Verantwortlichkeit in ihrem Bericht zu dem Schluß, daß unter dem heutigen internationalen Gesetz der frühere deutsche Kaiser und seine Ratgeber nicht vor ein Gericht gebracht werden können.

Das Rätselspiel um Deutschlands Zukunftsheer.

WTB. Der Oberste Kriegsrat bestätigte seinen am Sonnabend gefaßten Beschluß, nach welchem das deutsche Heer ein Freiwilligenheer sein muß. Man setzte die Heeresstärke auf nur hunderttausend Mann, statt wie ursprünglich geplant hundertvierzigtausend Mann, fest. Die Soldaten müssen sich auf zwölf Jahre verpflichten.

Hermann Wendel, Gesandter bei den Südslawen.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet, daß Hermann Wendel deutscher Gesandter bei den südslawischen Staaten werden soll. Diese Meldung ist ziemlich wahrscheinlich. Schon vor einigen Wochen hieß es, daß die südslawische Regierung einen dahingehenden Wunsch geäußert habe, weil Genosse Wendel bekanntlich einige Zeit auf dem Balkan gelebt hat und verschiedene Schriften über die Slawen publizierte.